



EVANGELISCHE AKADEMIE

LOCCUM

67/94

DIE ZUKUNFT DER
AUSSENPOLITIK

DEUTSCHE INTERESSEN IN DEN
INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Christoph Weller

Was wird aus der deutschen Entwicklungspolitik? Überlegungen zur Zukunft des BMZ*

Die Zukunft des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) steht zur Disposition,¹ nicht weil der ihm übertragene Auftrag abgeschlossen wäre, sondern weil sich langsam die Erkenntnis durchsetzt, daß dem Entwicklungsproblem allein mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe nicht zu begegnen ist, sondern nur viele Politikfelder übergreifende Konzepte Erfolge in Aussicht stellen können. Ich möchte in diesem Papier nach einer kurzen Darstellung der Neuformulierung deutscher Entwicklungspolitik Anfang der 90er Jahre und der Erläuterung des Entwicklungsdilemmas als zentraler Herausforderung, insbesondere für die Entwicklungspolitik, die Grundsätze und Ziele deutscher Entwicklungspolitik untersuchen anhand der öffentlichen Darstellungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Dies geschieht mit der Absicht, die deutsche Entwicklungspolitik an dieser zentralen Herausforderung zu messen, um dann, basierend auf der Annahme, daß Entwicklungspolitik in besonderem Maße auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen ist, ein erweitertes Konzept für die zukünftigen Aufgaben des BMZ zu entwickeln, welches sich gleichzeitig an der Herausforderung des Dilemmas von Umwelt und Entwicklung und an gesellschaftlichen Interessen zu orientieren hat.²

1 Deutsche Entwicklungspolitik

Für kaum ein anderes Land haben sich durch den weltpolitischen Umbruch 1989/90 mit all seinen Konsequenzen sein internationales Umfeld und die

* Arbeits-Papier für das Experten-Kolloquium "Deutsche Interessen in den internationalen Beziehungen" vom 2. - 4. Oktober 1994 in der Evangelischen Akademie Loccum.

1 Vgl. etwa die Diskussionen um die Auflösung des Ministeriums und seine Integration in das Auswärtige Amt (Frankfurter Rundschau, 08.09.1994, 13), die Idee eines "Ministeriums für internationale Strukturreform" (Thiel 1994) oder die Kritik, das BMZ sei zu stark ein Instrument der Exportförderung und der Ehrlichkeit wegen aufzulösen (Sonntagsblatt 19, 13.05.1994, 1).

2 Für wertvolle Hinweise zu früheren Fassungen dieses Beitrages danke ich K. D. Wolf, U. Willems, S. Soring, H. Schmidt, G. Schmidt, R. Postina und G. Hellmann.

Rahmenbedingungen für seine Außenpolitik so entscheidend verändert wie für die Bundesrepublik Deutschland. In verschiedenen Bereichen der deutschen Außenpolitik hat sich in den vergangenen vier Jahren schon eine Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen herausgebildet, in anderen herrscht noch die Suche nach der neuen Rolle Deutschlands in der internationalen Politik vor. Welcher dieser zwei Seiten die deutsche Entwicklungspolitik zuzurechnen ist, scheint auf den ersten Blick unklar zu sein.

Zum einen hat ein seit Januar 1991 neuer Minister neue Kriterien für die Entwicklungszusammenarbeit erarbeiten lassen, die "zentrale Bedeutung für Umfang und Art deutscher Entwicklungszusammenarbeit" (BMZ 1992a: 4) gewinnen sollen - weil mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation zumindest eine wichtige Orientierungsmarke für Entwicklungshilfe wegfiel: die sicherheitspolitische oder geostrategische Zielsetzung, die eigenen Einflußzonen in der sog. Dritten Welt³ zu sichern oder zu vergrößern (vgl. Nuscheler 1991: 221f). Dieser Wegfall wurde durchaus als eine Art Befreiung der Entwicklungshilfe von entwicklungspolitisch fremden Zielen aufgefaßt, auch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ):

"Das Jahr 1991 war eine Zeit weltweit einschneidender Veränderungen, die für die deutsche Entwicklungspolitik zugleich Herausforderung und Chance bedeutet. Die Überwindung der Ost-West-Konflikte eröffnet nun neue Perspektiven für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Nie war die Möglichkeit so groß, Entwicklungspolitik konsequent an den globalen und drängenden Herausforderungen unserer Zeit auszurichten und effizient zu gestalten" (Vorwort von Carl-Dieter Spranger in: BMZ 1992a: 3).

Diese Chance zu einer konsequenten und effizienten Entwicklungspolitik wurde in der Weise ergriffen, daß in Zukunft den Voraussetzungen in den sog. Entwicklungsländern für Entwicklungserfolge mehr Beachtung geschenkt werden soll:

3 Zur Frage der Existenz der "Dritten Welt" oder ihres Endes vgl. neben Menzel (1992) vor allem Brock (1992), Nohlen/Nuscheler (1993b) und Kößler/Melber (1993: 30-42).

"Fünf Kriterien sind künftig neben der Bedürftigkeit des jeweiligen Partnerlandes von zentraler Bedeutung für Umfang und Art deutscher Entwicklungszusammenarbeit: die Beachtung der Menschenrechte, die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß, die Gewährleistung von Rechtssicherheit, die Schaffung einer 'marktfreundlichen' Wirtschaftsordnung und die Entwicklungsorientierung des staatlichen Handelns, das darauf ausgerichtet sein muß, die wirtschaftliche und soziale Lage der ärmeren Bevölkerungsteile zu verbessern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten."⁴

Außerdem werden, um die Orientierung der sog. Entwicklungsländer auf die eigene Entwicklung zu überprüfen, die Rüstungsausgaben der Empfängerländer von Entwicklungshilfe untersucht, als ein Indikator oder eine Art Operationalisierung des fünften Kriteriums. Insoweit alles Anzeichen für eine gelungene Umorientierung und überzeugende Anpassung angesichts des globalen Wandels von 1989/90.⁵

Andererseits erlebte diese auf dem Papier so konsequent erscheinende Politik schon bei den ersten Versuchen der Umsetzung in die Praxis auch herbe Niederlagen und Enttäuschungen, etwa ihre Desavouierung durch den BMZ-eigenen Staatssekretär,⁶ durch die deutsche Außenwirtschaftspolitik⁷ oder den massiven Druck auf das BMZ, zur Sicherung eines deutschen Großauftrages mit daran hängenden Arbeitsplätzen, doch den Bau einer U-Bahn in einem zwar wirtschaftlich potenten, aber auch für seine Mißachtung

4 BMZ (1992a: 4); vgl. auch BMZ (1992b: 32), Bohnet (1993: 147-150) und Tetzlaff (1993).

5 Was allerdings fehlt ist die kritische Hinterfragung dieser Prinzipien auf der Basis entwicklungstheoretischer Konzepte und Erkenntnisse. Die Leistungen der Entwicklungstheorie (vgl. etwa Boeckh 1993, dazu Weller 1994: 194-196) scheinen im BMZ nicht zur Kenntnis genommen zu werden. Zur neuen Konditionalität und seiner Kritik vgl. Bryde (1989), Hofmeier (1990), Tetzlaff (1992b), Erdmann (1993) und Betz (1994: 33f).

6 "Li Pengs 'Freund' muß gehen. Entwicklungshilfeminister Spranger entläßt Staatssekretär" (Frankfurter Rundschau, 8.1.1992, 1).

7 Wenn etwa der Bundeswirtschaftsminister sich öffentlich gegen die Kürzung von Entwicklungshilfe wegen zu hoher Militärausgaben für ein bestimmtes Land ausspricht (Frankfurter Rundschau, 19.11.1991, 8).

der Menschenrechte und die Steigerung seiner Militärausgaben⁸ bekannten Land zu sorgen. Außerdem war im Hinblick auf die Hungerkatastrophe in Somalia schon der Versuch des BMZ, hier seine Zuständigkeit zu behaupten, angesichts der Strategie der Bundesregierung, Somalia zur Legitimationsbeschaffung für die Bundeswehr zu nutzen, zum Scheitern verurteilt. Es ist unsicher, ob der so selbstsichere Satz von BMZ-Minister Carl-Dieter Spranger einer kritischen Prüfung standhalten kann: "Wir haben das historisch bedeutsame Jahr 1991 genutzt, um unsere Entwicklungspolitik auf der Basis der veränderten weltpolitischen Lage neu zu gestalten" (Vorwort des Ministers in: BMZ 1992a: 4). Hinzu kommt die Einschränkung des finanziellen Handlungsspielraums durch die deutsche Haushaltslage,⁹ mitverursacht durch die Fehleinschätzung der Kosten der deutschen Einheit und die daraus resultierenden realen Kürzungen am Etat des BMZ.¹⁰ So bleibt der Eindruck vom BMZ als einem politischen Leichtgewicht zurück, dessen Ziele zwar hoch anständig sind, im Zweifelsfall aber hintangestellt oder hintergangen werden dürfen. Die Entwicklungspolitik des neuen Deutschland hat (noch) keine sichere Rollendefinition gefunden, die über den Augenblick - einen Minister- oder gar Regierungswechsel - hinaus von Bestand sein könnte.

2 Entwicklungsdilemma

Was sind die zentralen Herausforderungen für die Entwicklungspolitik? Für die erste Entwicklungsdekade 1961-1970 stand das (zu) geringe Bruttosozialprodukt der sog. Entwicklungsländer im Mittelpunkt - und seine Steigerung war primäres Ziel der Entwicklungshilfeanstrengungen. Doch Wirtschaftswachstum konnte das wachsende Massenelend in der sog. Dritten Welt nicht aufhalten, aus Fehlern wollte man lernen und fortan die Not der

8 "Chinas Rüstungsetat soll steigen: Trotz Rekord-Defizits kündigt Regierung zwölf Prozent mehr an" (Frankfurter Rundschau, 17.3.1993, 1).

9 "Den Chancen und Herausforderungen stehen indes auch große finanzielle Belastungen gegenüber, die der Bundesregierung aus der deutschen Vereinigung und dem Umbruch im Osten entstanden sind" (BMZ 1992b: 32).

10 Seit 1990, eigentlich schon seit 1989, weil die 1990 und 1991 erreichten Prozentsätze nur aufgrund von Sonderleistungen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg erreicht wurden (vgl. BMZ 1992b: 45), entwickelt sich der Prozentsatz der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt nicht mehr auf das 1992 in Rio erneut vom Bundeskanzler versprochene Ziel von 0,7% zu, sondern von 0,42% 1990 auf 0,35% 1993 davon weg. Für 1994 wurde sogar eine reale Kürzung des BMZ-Etats vorgenommen - zum ersten Mal seit Gründung des Ministeriums 1961 (Frankfurter Rundschau, 24.11.1993, 13).

Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklungspolitik stellen; dafür wurden Grundbedürfnisstrategien in den 70er Jahren entwickelt und angewandt. Doch gleichzeitig wurden auch schon die ökologischen Grenzen von Entwicklung, verstanden als Wachstum, erkennbar (vgl. Meadows et al. 1972; Eppler 1976), erste Zweifel wurden geäußert, ob die ressourcenverschwenderische Wachstumspolitik der Industrieländer nachahmenswert sei. Heute sind diese Prognosen Wirklichkeit geworden, die aus der fortschreitenden Industrialisierung resultierenden Umweltbelastungen haben inzwischen vielfach die Grenze der massiven Schädigungen von Menschen und Umwelt überschritten. Andererseits warten immer noch etwa drei Viertel der Weltbevölkerung auf "Entwicklung", auf Hilfe aus Hunger, Not und Unterdrückung.¹¹

Damit sind die zentralen Herausforderungen für Entwicklungspolitik genannt: ein Entwicklungsdilemma¹², in dem "die Entwicklungspolitik sich selbst zum Problem geworden" ist (Tetzlaff 1992a: 3): Entwicklung durch wirtschaftliches Wachstum ohne Umorientierung bei den ökologischen Kosten wird die gesamte Erde zerstören. Keine Entwicklung nimmt drei Vierteln der Weltbevölkerung jegliche Hoffnung auf ein Überleben ohne Hunger, Not und

11 Die Zahl der Armen, deren Einkommen unter 370 US-\$ pro Jahr liegt, beläuft sich auf 1,1 Milliarden Menschen. "Ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in Ländern, in denen die durchschnittliche tägliche Kalorienaufnahme unter dem Mindestbedarf liegt. Etwa 1,5 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten; etwa 1,7 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser; fast 3 Mrd. Menschen haben keinen Zugang zu angemessenen/sanitären Einrichtungen. Ein Viertel der Weltbevölkerung ist ohne festes Obdach oder wohnt in Elendsquartieren" (BMZ 1992b: 16).

12 Was ich unter dem Begriff "Entwicklungsdilemma" verstehe, unterscheidet sich von dem, was etwa Ulrich Menzel damit meint: "Der eigentliche Kern des Entwicklungsdilemmas liegt somit in der von Land zu Land bestehenden *Ungleichzeitigkeit* der Modernisierungsprozesse, der phasenverschobenen Kompetenz- und Machtentfaltung einzelner Länder und des daraus resultierenden Verdrängungsdrucks gegenüber unterlegenen Gesellschaften" (Menzel 1994: 91, Hervorh. dort).

Unterdrückung.¹³ Abstrakt gedacht gibt es angesichts dieses Dilemmas zwei Möglichkeiten (vgl. Kößler/Melber 1993: 206f): die Verteidigung des dominanten Wachstumsmodells durch die Industriestaaten mit ihrer weitgehend monopolistischen Verfügung über die natürlichen Ressourcen und die notfalls militärische Verteidigung dieser Ansprüche ohne spürbare Entwicklung der sog. Dritten Welt; oder eine weltweite Nivellierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastungen, um allen Menschen in etwa gleiche Lebenschancen zu ermöglichen, was eine nachhaltige Intervention der Industrieländer in die eigenen Lebensformen notwendig macht.

Wenn wir nicht die grundlegenden menschlichen Werte oder die allein in den ersten drei Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegten Ansprüche eines jeden Menschen auf Freiheit, Gleichstellung und Leben aufgeben wollen, bleibt allerdings kein anderer Weg, als die Entwicklung der sog. Dritten Welt zu ermöglichen durch eine radikale Umorientierung der Politik der Industrieländer. "Die Armen werden auf das falsche Entwicklungs-Denken nur verzichten, wenn die, deren Erfolg sie sich zum Vorbild genommen haben, ihrerseits von dieser Lebensauffassung Abschied nehmen" (Linz 1992: 337). Die Entwicklung der sog. Dritten Welt kann gefördert werden und wachsen, wenn gleichzeitig für alle Länder Maßnahmen getroffen werden, daß die Gesamt-Umweltbelastung der Erde dadurch nicht steigt, sondern sogar reduziert wird. "Es ist indessen [...] eine Illusion, zu glauben, man könne die Umweltprobleme der Dritten Welt mit ökologischer Entwicklungshilfe lösen, solange der Norden seinen eigenen ökologisch zerstörerischen Lebensstil nicht ändert" (Weizsäcker 1992: 121).

Damit ist die zweite Ebene des Dilemmas benannt: auch wenn die Grundentscheidung zugunsten der Entwicklung der sog. Dritten Welt getroffen wird (vgl. etwa die Agenda 21 der UNCED, in: SEF 1992), kommt eine

13 "Unser ach so erfolgreiches Entwicklungsmodell kann nicht zur Nachahmung empfohlen werden, im Gegenteil: man kann nur noch wünschen, daß die Politik der 'nachholenden Entwicklung' weiterhin scheitert und daß das Paradigma der Modernisierung aus dem Verkehr gezogen wird. Unter ökologischen und klimatologischen Gesichtspunkten müssen wir die Nachricht als Tragödie bezeichnen, daß Indien und China nun in das industrielle Entwicklungs-Stadium der massenhaften Fertigung von Kühlschränken (mit FCKW-erzeugenden Kühlmitteln) eingetreten seien. Als ebenso unerfreulich könnte die Tatsache beurteilt werden, die asiatischen Schwellenländer seien auf dem besten Weg, eine entwickelte Gesellschaft mit OECD-Profil zu werden" (Tetzlaff 1992a: 4).

Bearbeitung erst dann zustande, wenn Entscheidungen über die Kostenverteilung getroffen werden. Genau dies aber ist bis heute ausgeblieben, weil für alle Industriestaaten die Nutznießer-Rolle bei der kurzfristigen Ausrichtung ihrer Politik die größte Attraktivität besitzt. Deklaratorisch betonen sie die enge Verzahnung von Umwelt und Entwicklung (UNCED), sie treffen jedoch keine Maßnahmen, die ihnen, ihrer Industrie oder Bevölkerung größere Kosten verursachen könnten, weil sie relative Nachteile in der weltweiten Konkurrenz befürchten. Gleichzeitig halten sie jedoch an ihrer Politik zur Entwicklung der sog. Dritten Welt, sei sie nun erfolgreich oder nicht, fest. Sie sehen sehr klar, daß dieser Wagen auf den ökologischen Abgrund zufährt, aber keiner steigt aus und kümmert sich um die Weichenstellungen. Obwohl sich in anderen Bereichen gezeigt hat, daß Umwelt-Dilemmata unter bestimmten Bedingungen überwindbar sind (vgl. Breitmeier/Zür 1990), fehlt bisher der überzeugende Anstoß, das Entwicklungsdilemma zu bearbeiten. Eine wichtige Bedingung für den kooperativen Umgang, die Erwartung einer unabsehbar langen Wiederholung des Konflikts, ist zweifellos gegeben, denn wenn heute die Probleme der FCKWs verregelt würden, müßten es morgen die CO₂-Belastung der Luft sein, übermorgen die Nutzung endlicher Energieressourcen usw.¹⁴ Was allerdings fehlt ist ein Staat, der eine Vorreiterrolle einnimmt. Bei zahlreichen ökologischen Problemen hat sich gezeigt, daß Kooperation zum Schutz der Umwelt dann zustande kommt, wenn ein Staat zum Vorreiter wird, etwa durch nationale Gesetzgebung den Gebrauch bestimmter Stoffe verbietet. Damit wird es anderen Staaten möglich, sich dieser Maßnahme anzuschließen, und Umweltkooperation kommt trotz der Dilemma-Situation zustande.

Das Entwicklungsdilemma kann nicht durch die Entwicklungspolitik allein und auch nicht allein von Deutschland bearbeitet werden. Aber sowohl der Entwicklungspolitik als auf die sog. Dritte Welt ausgerichteter Außenpolitik als auch Deutschland als einem der größten Industrieländer und wichtigem Akteur

14 Zu den drei Bedingungen, die Umweltkooperation wahrscheinlicher machen, gehört neben einem "langen Schatten der Zukunft" (vgl. Axelrod 1988), d.h. der Erwartung einer unabsehbar langen Konfliktwiederholung, die relativ überschaubare Zahl der Akteure. Da ja primär eine Kooperation allein unter den Industrieländern bezüglich der Verteilung der Kosten notwendig ist, kann auch diese zweite Bedingung als gegeben angenommen werden. Die dritte Bedingung ist, daß jemand eine Vorreiterrolle für die kooperative Bearbeitung der Konflikte einnimmt; vgl. Breitmeier/Zür (1990) und auch Messner (1993).

in der Europäischen Union kommt entscheidende Bedeutung dabei zu, ob diese große Aufgabe in Angriff genommen wird, oder die Menschenrechte, ganz zu schweigen von den hehren Zielen der Entwicklungspolitik, zu hohlen Phrasen werden. Wie geht die deutsche Entwicklungspolitik mit dem Entwicklungsdilemma um?

3 Entwicklungsrhetorik: 9. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung

Interessiert man sich für die deutsche Entwicklungspolitik, ihre Ziele, Grundsätze, Strategien und Erfolge, bietet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit verschiedene Publikationen an. Neben den Jahresberichten zur Entwicklungspolitik (BMZ 1992a), die sich vor allem auf die Darstellung der Zusammenarbeit konzentrieren, und dem ebenfalls jährlich erscheinenden "Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik" (BMZ 1993), das sich als Nachschlagewerk zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit vielfach bewährt hat, wird in den seit 1971 alle zwei Jahre erscheinenden Berichten zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung¹⁵ großer Wert auf die Darstellung der Situation der sog. Entwicklungsländer sowie auf die politischen Schwerpunkte und Orientierungslinien der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland gelegt. Darum eignet sich besonders dieser Text dafür, die Frage nach den Grundsätzen und Zielen sowie nach der Situationsdefinition in bezug auf die deutsche Entwicklungspolitik zu beantworten. Der im Folgenden zitierte "Neunte Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung" (BMZ 1992b) umfaßt als Berichtszeitraum die Jahre 1989-1991, also genau jene Zeit, in der die Anpassung an die neue Rolle Deutschlands in der veränderten Weltlage vollzogen wurde. Welche Rolle spielt das die gesamte Entwicklungsproblematik überschattende Entwicklungsdilemma bei dieser Anpassung der deutschen Entwicklungspolitik?

15 Mit diesen Berichten "kommt die Bundesregierung einem auf das Jahr 1971 zurückgehenden Auftrag des Deutschen Bundestages nach, im 2-Jahresrhythmus eine ausführliche Darstellung und Wertung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Entwicklungsländern, der Beziehungen und des Dialogs mit ihnen, der bilateralen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern, der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft sowie der multilateralen Zusammenarbeit vorzulegen" (BMZ 1992b: 1).

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß sich der Duktus des Textes im Vergleich zu vorausgegangenen Berichten höchstens minimal geändert hat. Vorherrschend ist die Perspektive von oben, der Blick der Entwickelten auf die noch zu Entwickelnden. Die Wahrnehmung der "Einen Welt",¹⁶ der Tatsache, daß nur *gemeinsame* Strategien das Überleben der gesamten Menschheit herbeiführen können, findet nur in der Rhetorik statt:

"Die politischen Entscheidungen im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts stellen die Weichen für die Sicherung der Zukunft der Menschheit. Der Entwicklungspolitik kommt dabei eine herausragende Rolle zu. Die Aufteilung in Erste, Zweite und Dritte Welt ist fragwürdig. *Angesichts der zunehmenden globalen Probleme gibt es nur noch die Eine Welt, die es als Existenzgrundlage für die gesamte Menschheit zu bewahren gilt.* Dies kann nur dann gelingen, wenn das große Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verringert und besonders die Lebensbedingungen der in Armut lebenden Menschen verbessert werden" (BMZ 1992b: 32, meine Hervorh.).

Aus dieser Feststellung am Beginn des zweiten Kapitels "Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland", der die Überschrift "Politische Schwerpunkte und Orientierungslinien" voransteht, leiten sich keine Maßnahmen oder Handlungsoptionen ab. Sie wird indes gefolgt von dem Hinweis auf die großen finanziellen Belastungen Deutschlands aus Vereinigung und Umbruch im Osten und den *diesen finanziellen Restriktionen* geschuldeten Konsequenzen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, nämlich Konzentration auf Armutsbekämpfung und Umweltschutz, und Orientierung der Zusammenarbeit an den fünf neuen Kriterien (s.o.).

Die Konzentration auf den Umweltschutz könnte jedoch Elemente des Entwicklungsdilemmas aufnehmen und Entwicklungsmaßnahmen zur Reduzierung ökologischer Gefährdungen beinhalten. Abschnitt 1.3 dieses

16 "Die 'Eine Welt' ist nicht mehr großartige Vision, die pädagogisch hervorgebracht, sondern eine Herausforderung, die pädagogisch mitbewältigt werden muß" (Seitz 1993: 253f). In der Entwicklungspädagogik spielt der Begriff "Eine Welt" eine wichtige Rolle; vgl. etwa Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden Württemberg (1993) sowie Simo (1993).

Kapitels¹⁷, überschrieben mit "Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen" beginnt mit einer Beschreibung des Entwicklungsdilemmas:

"Die Frage der Vereinbarkeit von Umwelt- und Entwicklungszielen steht im Mittelpunkt der globalen Herausforderung; dies gilt nicht zuletzt unter dem Aspekt einer langfristig umwelterhaltenden Nutzung von Energie und nicht erneuerbaren Ressourcen. Um den Erfordernissen eines nachhaltigen Umweltschutzes gerecht zu werden, muß sich allerdings Entwicklung national wie international an den Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit orientieren. Die Steigerung des Lebensstandards der Menschen in den Entwicklungsländern sowie die ausreichende Versorgung der gesamten Menschheit mit Nahrungsmitteln und anderen Gütern ist jedoch nur über eine Verbesserung der agrarischen und industriellen Produktion möglich. Eine der Ursachen für die weltweite Umweltkrise ist unbestritten die rohstoff- und energieintensive Wirtschaftsweise der industriell hochentwickelten Länder, einschließlich der Industrieländer Mittel- und Osteuropas. Der Ressourcenverbrauch auf der nördlichen Halbkugel überfordert bereits jetzt die globalen Ökosysteme. Er kann daher nicht Vorbild für Produktionsweisen und Konsumstandards in den Entwicklungsländern sein" (BMZ 1992b: 38).

Aus dieser Problembeschreibung leitet der Bericht drei Aufgaben "für die entwickelten Marktwirtschaften in Nordamerika, Europa und Japan" ab:

- "Zum einen müssen sie zu einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise finden, die ökonomische und ökologische Notwendigkeiten in Einklang bringt und weltweit anwendbar ist."
- "Des weiteren muß die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern mit dem Ziel verstärkt werden, diesen die Beteiligung an den globalen Umweltschutzbemühungen zu ermöglichen."
- "Schließlich wird auch eine ökologische Sanierung der Volkswirtschaften des ehemals kommunistischen Machtbereichs nicht

17 1.1 erläutert die "Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit", 1.2 den Schwerpunkt "Armutsbekämpfung"; die Abschnitte 1.4 ("Grundbildung als Voraussetzung für menschliche und wirtschaftliche Entwicklung"), 1.5 ("Entwicklungspolitik nach der Wende in Deutschland") und 1.6 ("Besondere Internationale Herausforderungen - militärische Konflikte, Bürgerkriege und Naturkatastrophen") fallen aus der systematischen Strukturierung des Kapitels etwas heraus.

ohne Mitwirkung der westlichen Industrieländer möglich sein" (BMZ 1992b: 38).

Anschließend wären, wie dies bei der Beschreibung des Schwerpunkts "Armutsorientierung" praktiziert wird, die Umsetzungsstrategien zu erwarten. Doch hier endet offenbar die Zuständigkeit und Kompetenz des BMZ, denn der erste Punkt, die Suche nach einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise in den Industrieländern, ist allein mit seiner Benennung schon abgehakt. Der zweite Punkt wird noch einmal angesprochen mit der unverbindlichen Formulierung "Die Bundesregierung hält eine Intensivierung der Technologiekooperation unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungsförderung für geboten" (BMZ 1992b: 39). Der dritte Punkt taucht wiederum gar nicht mehr auf. Stattdessen aber wird die *Armut* in vielen sog. Entwicklungsländern als "eine der wichtigsten Ursachen für Umweltzerstörung" ausgemacht, zu deren Verschärfung wiederum wesentlich ein hohes Bevölkerungswachstum beiträgt - mit der textlichen und entwicklungshelferisch wahrscheinlich auch logischen Folge: "Armutsbekämpfung ist deshalb ein Schwerpunkt der deutschen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; ebenso spielen bevölkerungspolitische Maßnahmen eine wichtige Rolle" (BMZ 1992b: 39). Im Folgenden ist dann nur noch "die Verankerung des Umweltschutzes in Politik und Gesellschaft der Entwicklungsländer entscheidend. Umweltschutz muß aus den Staaten selbst erfolgen. Zentraler Ansatzpunkt für die Entwicklungszusammenarbeit im Umweltbereich ist es, die Partner zu befähigen, ihre eigenen Umweltstrategien zu erarbeiten, sie bei der Gesetzgebung zu beraten, die Verwaltung ..." (BMZ 1992b: 39) usw.¹⁸ Kein Wort oder Gedanke mehr an die Mitverantwortlichkeit der Industrieländer und dort eingreifende Maßnahmen,¹⁹ an eine Unterstützung der sog. Entwicklungsländer in Form von Umweltschutz-Know-How, das im Rahmen

18 Genauso wird im ersten Kapitel des Berichts über zentrale Probleme der sog. Entwicklungsländer zwar zur Einleitung des Abschnitts "Umweltzerstörung" das Entwicklungsdilemma formuliert, bei "Ursachen und Folgen" aber nur noch die Umweltprobleme in den sog. Entwicklungsländern, insbesondere bei dort stattfindender Industrialisierung, thematisiert (BMZ 1992b: 16f).

19 Ihren Gipfel erreicht diese Ignoranz m.E. im ersten Kapitel, wenn beim Thema "Umweltzerstörung" zur Zwischenüberschrift "Gemeinsame Verantwortung" ausgeführt wird: "Interdependenz und Globalität sind die beiden wesentlichen Merkmale der heutigen Umweltkrise. In den Entwicklungsländern liegt der Schlüssel zur Beeinflussung vieler Umweltfaktoren von globaler Bedeutung" (BMZ 1992b: 18).

der Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden könnte,²⁰ oder Maßnahmen zur ökologischen Sanierung in Mittel- und Osteuropa - oder gar die Entwicklung einer Strategie, wie diese drei Aufgaben miteinander zu verbinden wären.²¹ Schlußpunkt dieses Abschnitts über die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen²² ist allerdings ein erneuter Hinweis auf das Entwicklungsdilemma, verbunden noch mit der Hoffnung, daß die Entwicklungspolitik doch bitte mehr beachtet werden soll:

"Angesichts der globalen Umweltkrise, der daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen für Industrie- und Entwicklungsländer und angesichts des mit der Bedrohung der menschlichen Lebensgrundlagen verbundenen Konfliktpotentials sind Nord-Süd-Fragen Überlebensfragen der gesamten Menschheit. Vor diesem Hintergrund globaler Herausforderungen ist die Bedeutung der Entwicklungspolitik auf der politischen Prioritätenskala neu zu bewerten" (BMZ 1992b: 39).

20 Im Abschnitt über die Energieversorgung im ersten Kapitel wird der Technologietransfer an einer Stelle angesprochen: "Entscheidender Faktor für die künftige Energiepolitik der Entwicklungsländer wird daher sein, wie der Ausstoß dieses [CO₂] und anderer Treibhausgase minimiert werden kann. Bei der Lösung dieses und ähnlicher Probleme sind allerdings die Entwicklungsländer überfordert; sie sind hinsichtlich der technologischen Leistungsfähigkeit auf Importe bzw. Know-how-Transfer dringend angewiesen" (BMZ 1992b: 20). Und mit diesem Satz ist das Thema dann auch schon beendet.

21 Im Jahresbericht 1991 zur Entwicklungspolitik des BMZ ist diese Tendenz noch deutlicher, dort fehlt die Dimension der globalen Herausforderung völlig, wenn unter der Überschrift "Umwelt- und Ressourcenschutz" nur zu lesen ist: "In vielen Entwicklungsländern wächst das Bewußtsein dafür, daß der Schutz der Umwelt und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen - Boden, Wälder, Pflanzen- und Tierwelt - eine entscheidende Bedeutung haben für die Sicherung der Lebensgrundlagen vor allem der ärmeren Bevölkerungsschichten sowie für ihre weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung. [...] Auch 1991 wurde mit zahlreichen Ländern vereinbart, sie verstärkt bei ihren Anregungen für einen umweltverträglichen Entwicklungsprozeß zu unterstützen. [...] Im Vordergrund stehen Vorhaben zum Aufbau oder zur Stärkung von Institutionen, die die Entwicklungsländer selbst befähigen, eine wirksame Umweltpolitik zu formulieren und durchzusetzen. [...] Einen besonders hohen Stellenwert in der Entwicklungspolitik hat die Erhaltung der Tropenwälder. [...]" (BMZ 1992a: 41).

22 Diesem Abschnitt ist noch ein Exkurs zu den Ergebnissen der VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio im Juni 1992 angehängt in Form eines Auszugs aus dem Bericht der Bundesregierung über diese Konferenz (BMZ 1992b: 39-41).

Wer, wenn nicht das BMZ selbst, sollte die Entwicklungspolitik neu, und das meint höher bewerten? Wer, wenn nicht das BMZ selbst, sollte die Nord-Süd-Fragen als Überlebensfragen der gesamten Menschheit auf die Tagesordnung bringen? Wer, wenn nicht das BMZ selbst, sollte die aus der globalen Umweltkrise resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen für Entwicklungs- und Industrieländer thematisieren?

Die Neigung dieser Fragen, rhetorische Fragen zu sein, führt direkt zu den Defiziten, aber auch zu den Zukunftschancen deutscher Entwicklungspolitik. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß im Bericht vielfach die Verantwortung der Industrieländer für ein günstiges weltwirtschaftliches Umfeld angesprochen wird,²³ denn auch bei diesem Punkt werden keinerlei Überlegungen oder gar Strategien auch nur angedeutet, wie durch politische Maßnahmen der Industrieländer auf der eigenen Seite zu einer Verbesserung der Entwicklungsbedingungen der sog. Dritten Welt beigetragen werden könnte. Immer bleibt das Entwicklungsdilemma nur Rhetorik ohne Tendenz, es in Angriff zu nehmen. Es soll erkannt werden, aber damit hat es sich dann auch:

"Die nachhaltige Schädigung und Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen in den Entwicklungsländern zeigt erhebliche Ausmaße und hat teilweise schon die Grenzen der Tragfähigkeit der Erde überschritten. Dabei muß der strukturelle Zusammenhang zwischen unseren eigenen wirtschaftlichen Ansprüchen und der Schädigung der Umwelt in den Entwicklungsländern erkannt werden" (BMZ 1992b: 16).

Mit dieser Entwicklungsrhetorik geht die Gefahr einher, daß die Nutznießer-Rolle, welche die BRD und insbesondere das BMZ mit seiner Hilfe zur Entwicklung ohne begleitende Maßnahmen zur Reduzierung der ökologischen

23 Beispielsweise bei den Themen "Ungenügende Strukturanpassung in den Industrieländern" (BMZ 1992b: 27) oder "Abbau des Protektionismus": "Die grundsätzliche internationale Übereinstimmung über die Notwendigkeit, den Welthandel zu liberalisieren und als Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer für Fertigwaren aus Entwicklungsländern offenzuhalten, wurde wiederholt bekräftigt. Die Praxis vieler Industrieländer widerspricht allerdings diesen Beteuerungen erheblich" (BMZ 1992b: 27; vgl. auch BMZ 1992b: 13, 28).

Belastungen praktiziert, verschleiert wird. Zugleich besteht der noch weitergehende Verdacht, daß die gesamte Politik des BMZ, gemessen an ihrem Anspruch, zur Entwicklung der sog. Dritten Welt beizutragen, nur "symbolische Politik" ist (Tetzlaff 1993: 30),²⁴ und die Ausgaben für die Entwicklungshilfe eine ungeheure Verschwendung öffentlicher Mittel darstellen²⁵ - abgesehen von der Stützung deutscher Wirtschaftsinteressen über Lieferbindungen etc. Wenn es stimmt und es keine Anstrengungen dagegen gibt, daß die gesamte Entwicklungshilfe aller OECD-Länder nicht den Schaden ausgleichen kann, der den sog. Entwicklungsländern durch die Handelsbeschränkungen der Industrieländer zugefügt wird,²⁶ dient die Legitimation der Politik des BMZ als "Entwicklungshilfe" primär zur Entlastung unserer Gewissen angesichts unserer unmenschlichen Handels- und Agrarpolitik - ganz abgesehen von den zusätzlichen Schädigungen der sog. Entwicklungsländer durch Entwicklungshilfe wie beispielsweise durch die Fleischexporte der EG nach Westafrika. Daß angesichts solcher Befunde Entwicklungshilfekritik, welche die Qualität, nicht die Hilfe überhaupt kritisiert, immer weniger *begründet* zurückzuweisen ist, wird nur allzu verständlich.

4 Neue Gründe für Entwicklungspolitik

Die Rechtfertigung der Ausgaben des BMZ als einseitiger Leistungen zu marktabweichenden Bedingungen²⁷ - weitgehend ohne sichtbare Erfolge in

24 Der Einwand, daß hier nicht die Entwicklungspolitik, sondern nur deren sprachliche Darstellung untersucht wurde, trifft. Nur drängt sich bei einem Blick auf die reale Politik eher der Verdacht auf, daß die Rhetorik der Politik im untersuchten Punkt noch oder schon um Längen voraus ist, als daß das umgekehrte Verhältnis zutreffen würde (vgl. etwa Betz 1994). Insofern widerlegt der Einwand nichts.

25 Dies stimmt dann nicht, wenn der Politik eine Grundentscheidung zur Sicherung des ökologischen Überlebens durch Verhinderung der Entwicklung der sog. Dritten Welt zugrunde läge. Dann dienten die Aufwendungen für das BMZ vor allem zur Ruhigstellung derer, die diese Grundentscheidung anders, nämlich zugunsten der sog. Dritten Welt und der Verwirklichung der Menschenrechte getroffen sehen wollen.

26 "Eine 1989 erschienene Studie von Weltbank und IWF belegt, daß die Wohlfahrtsverluste der Entwicklungsländer durch die Handelsbeschränkungen der Industrieländer im agrarischen und nicht-agrarischen Bereich jährlich doppelt so hoch sind wie die Beträge, die die gesamte Dritte Welt pro Jahr an öffentlicher Entwicklungshilfe erhält" (BMZ 1992b: 27).

27 Nach amtlicher Definition des Entwicklungshilfe-Ausschusses der OECD, des *Development Assistance Committee (DAC)*, ist "öffentliche Entwicklungshilfe" (*Official Development Assistance, ODA*) "alle von staatlichen Stellen aufgebrauchten, bilateral vergebenen oder über multilaterale Organisationen geleiteten Mittel für Entwicklungshilfe, sofern sie ein *Zuschußelement* von mindestens 25% gegenüber kommerziellen

den sog. Entwicklungsländern - wird zunehmend schwieriger. Das Aufnehmen der Zeittrends - Frieden, Menschenrechte, Demokratisierung, Umwelt - als Begründungsfaktoren schafft zwar jeweils kurzzeitige Unterstützung,²⁸ gleichzeitig untergräbt ein solcher Wandel der Begründungen für Entwicklungshilfe die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit des Ziels "Entwicklung". Damit hängt möglicherweise auch die zunehmend negative Beurteilung der von der Bundesregierung geleisteten Entwicklungshilfe zusammen, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Noch 1985 beurteilten doppelt so viele Befragte die Entwicklungshilfe der Bundesregierung "eher positiv" als "eher negativ" (44%, 22%), 1993 bewerteten 37% die deutsche Entwicklungspolitik als "eher negativ" und nur noch gleichviele als "eher positiv".²⁹ Auch die nahezu protestlos hingenommene reale Kürzung des BMZ-Etats ist ein Indiz für die Schwierigkeit des BMZ, gute Gründe für die eigene Arbeit öffentlichkeitsverständlich aufbieten zu können. Der Bundeskanzler kann 1992 in Rio ungeniert versprechen, Deutschland wolle "so bald wie möglich erreichen", daß seine Entwicklungshilfe-Gelder das von den UN gesteckte Ziel von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen (Frankfurter Rundschau, 13.6.1992, 2), ohne daß ihn bei gleichzeitig sinkenden Entwicklungshilfeleistungen irgend jemand öffentlich an seine Worte von gestern erinnert. Die Dritte-Welt-Arbeit ist in eine schwere strukturelle und finanzielle Krise geraten (Seitz 1993: 256), die Mitglieder der Solidaritätsbewegung und

Kreditbedingungen haben. Nicht zur ODA gerechnet werden Militärhilfe, Privatinvestitionen oder öffentlich garantierte Exportkredite" (Nuscheler 1991: 20, Hervorh. dort).

28 Untersucht man die Berichte der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik auf die Begründungen und Rechtfertigungen für Entwicklungshilfe hin, läßt sich sehr klar der Trend erkennen: Die Argumentationszusammenhänge sind den primären Themen der öffentlichen Auseinandersetzungen angepaßt, im Hinblick auf Koalitionen zur Unterstützung der Entwicklungsanstrengungen. Anfang der 80er Jahre wurde Entwicklungshilfe vor allem als Friedenspolitik begründet (vgl. Tetzlaff 1982), Mitte der 80er Jahre sollte sie vor allem zur Wahrung und Verbesserung der Menschenrechte dienen, Ende der 80er Jahre wurde Entwicklungshilfe vor allem gerechtfertigt als Hilfe zur Demokratisierung und als Beitrag zum weltweiten Umweltschutz.

29 Infratest stellte im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Befragten (Bevölkerung ab 14 Jahren) in den alten und neuen Bundesländern die Frage, ob sie die durch die Bundesregierung geleistete Entwicklungshilfe "alles in allem eher positiv oder eher negativ beurteilen" (Infratest 1994a: 16f). Daß darin nicht die grundsätzliche Ablehnung von Entwicklungshilfe in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zum Ausdruck kommt, zeigt die auf 66% *gestiegene* Zustimmung (von unter 60% in den 80er Jahren) zu dem Statement: "Ich bin für die Entwicklungshilfe, auch wenn sich daraus für eine gewisse Zeit wirtschaftliche Nachteile für uns ergeben" (Infratest 1994a: 6).

von Dritte-Welt-Gruppen haben sich vielfach zurückgezogen oder auf andere Felder, etwa in die Asyl- und Flüchtlingsarbeit gewechselt, teilweise frustriert, resigniert und vorsichtig geworden angesichts nationaler Stimmungen und Tendenzen. Entwicklungspolitik wird immer mehr zu einem unbedeutenden Nebenschauplatz der Außen- und Wirtschaftspolitik, der nur dann noch interessiert, wenn auf Weltkonferenzen der gute Wille zu globalem Denken belegt werden muß, oder wenn uns Fernsehbilder wie aus Somalia die Not in die Wohnzimmer bringen und die Möglichkeit, militärisch Hilfe zu leisten, gar nicht in Frage kommt. Dann wird die Rhetorik der Entwicklungshilfe ins Rampenlicht gestellt und unsere Großzügigkeit gelobt. Eine überzeugende Anpassung an die globalen Herausforderungen, die der Entwicklungspolitik zu eigenständiger Bedeutung verhelfen könnte, hat auch in den vergangenen Jahren nicht stattgefunden. Hat also deutsche Entwicklungspolitik noch eine Zukunft?

Der Spagat der Entwicklungshilfebegründung, zwischen ethisch-humanitären Argumenten auf der einen Seite und Hinweisen auf den Eigennutz im Bereich sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Gründe andererseits, wird immer schwieriger. Auch die Orientierung an aktuellen Themen scheint nicht mehr quasi automatisch gesellschaftlichen Rückhalt für die betriebene Entwicklungspolitik zu liefern. Aus der Umweltbewegung kommt eher Kritik als Unterstützung für die Politik des BMZ (vgl. Ullrich/Kürzinger-Wiemann 1992). Ebenso wird die Entwicklungshilfekritik³⁰ zunehmend lauter; ihr ist weder mit den entwicklungspolitisch eingeschlagenen Wegen und Strategien von 1991 zu begegnen, noch mit erneuerter Rhetorik, weil auch die Differenz zwischen Rhetorik und Realität immer weniger zu überdecken ist.³¹ Und für die Eigennutz-Begründung ist das sicherheitspolitische Argument in seiner alten Form vollends weggefallen, so daß als Rechtfertigung für entwicklungspolitische Geschenke an sog. Dritte-Welt-Staaten nur noch das außenwirtschaftliche Argument "Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland" zu bleiben scheint. Sich primär darauf einzulassen hieße aber, mittelfristig zur Abteilung "Außenwirtschaftshilfe" eines anderen Ministeriums zu werden.

30 Vgl. Klemp (1988), Kaiser/Wagner (1991) und Stockmann (1993: 9-11), aber auch Hancock (1989), Dirmoser et al. (1991) und Kromka/Kreul (1991).

31 Vgl. Deutsche Welthungerhilfe/terre des hommes Bundesrepublik Deutschland (1994); Betz (1994).

Ist also das eingangs zitierte Wort des Ministers, "nie war die Möglichkeit so groß, Entwicklungspolitik konsequent an den globalen und drängenden Herausforderungen unserer Zeit auszurichten und effizient zu gestalten" eine Fehleinschätzung? Das entwicklungspolitische Umfeld umfaßt mehr als nur den Wegfall des Ost-West-Konflikts; auch die Herausforderungen sind größer, als daß ihnen mit den in den letzten Jahren entwickelten Strategien des BMZ zu begegnen wäre - diese beiden Punkte habe ich oben versucht aufzuzeigen.

Um der deutschen Entwicklungspolitik eine Zukunft zu geben, ist daher ein neuer Entwurf notwendig, der deutlich macht, daß er das Entwicklungsdilemma nicht nur erkennt, sondern in Angriff nimmt: Deutschland vom Nutznießer zum Vorreiter wird.³² Die Einsichten in das Entwicklungsdilemma sind seit der UNCED in Rio auf der internationalen Tagesordnung (vgl. Unmüßig 1992: 115): daß das nördliche Entwicklungsmodell nicht global anwendbar ist, die Industrieländer die Hauptverantwortlichen für die ökologische Krise sind und der Süden ein Recht auf Entwicklung hat. "Es mangelt nicht an Erkenntnis, sondern an angemessenen politischen Folgerungen" (Nuscheler 1991: 205). Auch wenn seit den siebziger Jahren, intensiviert vor allem durch den "Brundtland-Bericht" 1987 von "Sustainable Development"³³ immer häufiger die Rede ist (vgl. Harborth 1992), ist es auch in Rio nicht gelungen, Konzepte zur Umsetzung "dauerhafter Entwicklung" zu vereinbaren (vgl. Unmüßig 1992: 122; Messner 1993: 53). Stattdessen wurde am uneingeschränkten Wachstumsmodell festgehalten und insbesondere der Beitrag des Südens zur Bearbeitung

32 Dadurch unterscheidet sich der Entwurf grundlegend von dem anderen Vorschlag der Umorientierung der Entwicklungshilfe zu einer sozialpolitischen Maßnahme (vgl. etwa Lachmann 1994).

33 "Unter 'dauerhafter Entwicklung' verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung 'dauerhaft' zu gestalten, gilt für alle Länder und alle Menschen. Die Möglichkeit kommender Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, ist durch Umweltzerstörung in den Industrieländern ebenso gefährdet wie durch Umweltvernichtung durch Unterentwicklung in der Dritten Welt" (Brundtland-Bericht, vgl. Hauff 1987: XV). Vielfach ist auch von "nachhaltiger Entwicklung" die Rede, was die Probleme der Bestimmung von "Sustainable" nicht verringert; vgl. hierzu Braun (1993: 38): "Die Operationalisierung von Nachhaltigkeit und deren empirische Überprüfung setzt voraus, daß wir Projekt-Wirkungen messen und zuordnen können. Dies ist - wenn überhaupt - nur in Ausnahmefällen möglich".

ökologischer Probleme thematisiert. Dies hat möglicherweise auch mit "Interessenkoalitionen zwischen nördlichen und südlichen, politischen wie wirtschaftlichen Eliten [zu tun], die beide nicht wirklich bereit waren, das vorherrschende nördliche Wachstums- und Konsummodell grundlegend in Frage zu stellen" (Stahl 1992: 49). Die internationale Gemeinschaft beweist sich eins ums andere Mal, daß sie es mit einem *Dilemma* zu tun hat, für das es keine einfachen Lösungen gibt. Insofern ist die deutsche Entwicklungsrhetorik nur ein getreues Abbild der international vorherrschenden Situation.

Doch unterscheidet sich möglicherweise das innenpolitische Umfeld für die deutsche Entwicklungspolitik deutlich von dem anderer Industrieländer. Zum einen gibt es in Deutschland eine an Entwicklungspolitik interessierte und Entwicklungshilfe befürwortende Öffentlichkeit,³⁴ außerdem eine starke Umweltbewegung, die in den letzten Jahren dafür gesorgt hat, daß auch in der Entwicklungspolitik der Umwelt-Dimension ein größerer Rang eingeräumt wird,³⁵ und Deutschlands Interesse an der sog. Dritten Welt basiert nicht nur auf ethisch-humanitären Motiven, sondern auch auf handfesten wirtschaftlichen Interessen als Exportnation (vgl. etwa Senghaas 1993). Dies begründet, warum Deutschland in der Lage sein könnte, zur Bearbeitung des Entwicklungsdilemmas in die Vorreiterrolle zu schlüpfen. Gleichzeitig könnte diese Vorreiterrolle eine neue innenpolitische Legitimation deutscher Entwicklungspolitik ermöglichen, indem eine *überzeugende Verbindung* von internationaler Solidarität, Umwelterorientierung, Verfolgung wirtschaftlicher Ziele und langfristigem Eigennutz angeboten wird. Die Konzipierung von

34 Von der Bevölkerung der alten Bundesländer ab 18 Jahren äußern 21% der Befragten ein starkes oder sehr starkes Interesse und 47% stufen ihr Interesse als "mittel" ein. Nur 32% geben ihr Interesse an Entwicklungshilfe mit "weniger" oder "gar nicht" an. "Bei den Bürgern in Ostdeutschland ist das Interesse etwas geringer" (Infratest 1994a: 5). Außerdem befürwortet die große Mehrheit der Bevölkerung in den alten Bundesländern die Entwicklungshilfe (75%) und nur ein kleiner Teil (11%) spricht sich dagegen aus. In den neuen Bundesländern "ist das Meinungsbild ähnlich positiv" (Infratest 1994a: 4f). Außerdem sagt die Untersuchung, daß fast 20% der Bürgerinnen und Bürger bereit wären, in einer Eine-Welt-Gruppe aktiv mitzuarbeiten (Infratest 1994a: 22).

35 Vgl. Ullrich/Kürzinger-Wiemann (1992: 166). Außerdem führte die Untersuchung der Einstellungen zur Entwicklungspolitik, die das BMZ in Auftrag gegeben hat, zu dem Ergebnis, "daß eine Verknüpfung des Themas 'Umweltbedrohung und Entwicklungshilfe' den Bürgern besonders stark einleuchtet. [...] Für viele Bürger ist wohl eine Argumentation einsichtiger, die nicht die moralische Verpflichtung in den Vordergrund stellt, sondern den Nutzen einer Entwicklungspolitik, die dazu dienen kann und soll, globale Bedrohungen zu bekämpfen" (Infratest 1994b: 67).

Entwicklungspolitik auf der Basis gesellschaftlicher Interessen kann in dem Maße an Überzeugungskraft - nach außen und nach innen - gewinnen, wenn die verschiedenen Bedürfnisse in ein konsistentes Konzept einfließen. Daß dieses einmal in Angriff genommene Konzept nicht gegen die Interessen anderer Staaten gerichtet ist, braucht nicht ausdrücklich betont zu werden, mit ihrer Unterstützung ist dagegen absehbar zu rechnen. Es geht letztlich um die Umsetzung der schon mehrfach erwähnten Rhetorik,³⁶ allerdings mit einem erweiterten Blickfeld. Der dem BMZ vorgegebene Blick nach Süden muß erweitert werden, damit die globale Rhetorik abgelöst wird von globaler Verantwortung, die auch vor im eigenen Land eingreifenden Maßnahmen nicht halt macht.³⁷

Könnte eine solche Entwicklungspolitik wirklich breite Unterstützung in der Bevölkerung erzielen, wenn es auch um Maßnahmen geht, die nur sehr langfristigen Nutzen versprechen, die kurz- und mittelfristig aber mit Wohlfahrtseinbußen verbunden sein können?³⁸ Es gibt ein Beispiel in der

36 In der Rhetorik des "Neunten Berichts zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung" klingt das so: "Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit erfordert internationale Anstrengungen in nicht gekanntem Ausmaß. Nur eine globale Umweltpartnerschaft wird eine Antwort auf die Existenzfrage aller Menschen in Nord und Süd sowie Ost und West geben können. Diese Existenzfrage wird den Nord-Süd-Dialog der 90er Jahre beherrschen" (BMZ 1992b: 28).

37 Zwei Beispiele für diese Blickverengung: Schipulle (1992) trägt einen Artikel zu einem Sammelband "Umweltorientierte Entwicklungspolitik" bei, in dessen ersten Beiträgen insbesondere die Verantwortung und Notwendigkeit der aktiven Mitarbeit der Industrieländer zur Bearbeitung des Entwicklungsdilemmas hervorgehoben wird. In seinem Artikel - als BMZ-Mitarbeiter - ist die Umweltzerstörung allein ein Problem der Entwicklungsländer, denen geholfen werden muß. Ähnlich Bohnet (1993), der selbst betont: "Sowohl der Norden als auch der Süden sind Täter und Opfer zugleich. Wir haben deshalb eine Strategie entwickelt ..." (Bohnet 1993: 156) ... und diese Strategie zielt dann nur auf die Umweltprobleme in den Entwicklungsländern. Mir scheint hier ein eigenartiges, in gewisser Weise "oligarchisches" (Harborth 1992: 44) Verständnis von "Neuer Entwicklungspartnerschaft" (Schlußdokument von UNCTAD VIII; vgl. BMZ 1992b: 31) vorzuliegen (vgl. auch Hein 1990: 47). Deutlich anders dagegen Weiter (1993)! Kromka/Kreul (1991) zeigen, daß man sich auch in marktwirtschaftlicher Blindheit mit Entwicklungshilfe beschäftigen kann, ohne die ökologische Problematik bzw. das Entwicklungsdilemma zu erkennen.

38 Vielleicht hat der "Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung" mit seiner Einschätzung zur Entwicklung des Bewußtseins recht: "Die Tatsache, daß diese Probleme [Armut, Umweltzerstörung, Schuldenlast, Bevölkerungsexplosion, Drogen, Krankheiten, kriegerische Auseinandersetzungen, Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen] nicht isoliert gesehen werden können, nicht regional begrenzt oder begrenztbar, sondern von globaler Dimension sind, dringt immer stärker in das allgemeine Bewußtsein, ebenso wie

jüngeren deutschen Geschichte, daß eine Bundesregierung auch gegen den anfänglichen Widerstand, aber mit dem festen Vorsatz, die Bevölkerung von dem langfristigen Zugewinn an Lebensqualität und Sicherheit zu überzeugen, eine Politik durchgesetzt hat, die Jahr für Jahr zweistellige Milliardenbeträge gekostet hat - mit steigender Tendenz -, und trotzdem zunehmend von großen Teilen der Bevölkerung mitgetragen wurde: die Wiederbewaffnungs- und militärische Sicherheitspolitik seit den 50er Jahren. Ist es undenkbar, daß eine global denkende deutsche Entwicklungshilfeministerin mit Unterstützung durch wissenschaftliche Expertise, selbstbewußte, engagierte Nichtregierungsorganisationen im Umwelt- und Entwicklungsbereich, die Umweltbewegung und eine wieder aktivierte, nicht kleine Anzahl sympathisierender und dies notfalls auch öffentlich dokumentierender Gruppen und Teile der Bevölkerung, denen Entwicklungspolitik am Herzen liegt, ein in diesem Text nur angedeutetes Projekt zur Bearbeitung des Entwicklungsdilemmas in Angriff nimmt,³⁹ wohlwissend, daß sich nur langfristig Eigennutz, kurz- und mittelfristig aber vor allem die Aufbringung von Kosten versprechen läßt, dabei aber schnell durch zahlreiche andere europäische Staaten, die möglicherweise nur darauf warten, daß endlich ein großer europäischer Staat diese Vorreiterrolle übernimmt,⁴⁰ massive Unterstützung bekommt und damit bald die Europäische Union zum Vorreiter im Bereich Umwelt und Entwicklung wird, der die anderen großen Handelsblöcke auch dazu zwingen wird, nachzuziehen?⁴¹

die Überzeugung, daß nur eine weltweite Entwicklungs- und Verantwortungsgemeinschaft in der Lage sein wird, diese Herausforderungen auch zu bewältigen" (BMZ 1992b: 12).

39 Die konkrete Ausarbeitung eines solchen Projektes als Richtlinie für Regierungshandeln steht wohl noch aus, aber an Konzepten, Entwürfen und Strategien mangelt es nicht; vgl. insbesondere Weizsäcker (1992), aber auch Wöhlicke (1990, 1992); Stockhausen (1994); Messner (1993); Linz (1992); Hein (1990, 1992b); Hauchler (1991); Harborth (1992); Eppler (1991: 15); Diefenbacher (1994); Brock (1992); Braun (1993) u.a.

40 Norwegen, Dänemark, Schweden und die Niederlande wären möglicherweise die ersten Unterstützer der Vorreiter-Rolle, denn sie praktizieren schon lange eine sehr aktive Entwicklungspolitik und liegen mit ihren öffentlichen Leistungen gemessen am Bruttosozialprodukt deutlich über der 0,7%-Marke. Auch Frankreich liegt deutlich über dem Prozentsatz, den die Bundesregierung mit ihrer Entwicklungspolitik erreicht (BMZ 1993: 77f).

41 Die durch meine Formulierung möglicherweise aufkommende Skepsis, ob ein solches Projekt von staatlichen Akteuren allein zu erwarten ist (Falk 1993: 667), teile ich ausdrücklich: die hier gewählte Darstellung ist natürlich nicht nur in der Hinsicht verkürzend, daß auch ein Mann auf dem Ministerposten dieses Projekt in Angriff nehmen könnte, sondern daß auch das entsprechende gesellschaftliche Umfeld für die Berufung einer solchen Ministerin oder eines solchen Ministers gegeben sein und zum Teil möglicherweise

auch geschaffen werden muß (vgl. etwa Unmüßig 1992: 124; Kößler/Melber 1993: 208). Hierzu können sowohl die politischen Eliten als auch die Bevölkerung einen Anteil leisten.

Literatur:

Axelrod, Robert 1988: Die Evolution der Kooperation, München.

Betz, Joachim 1994: Neue internationale Rahmenbedingungen und deutsche Entwicklungshilfe, in: Politische Bildung 27: 1, 30-42.

BMZ (Hrsg.) 1986: Grundlinien zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn.

BMZ (Hrsg.) 1992a: Entwicklungspolitik. Jahresbericht 1991, Bonn.

BMZ 1992b: Neunter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn.

BMZ (Hrsg.) 1993: Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1993, Bonn.

Boeckh, Andreas 1993: Entwicklungstheorien. Eine Rückschau, in: Nohlen/Nuscheler 1993a, 110-130.

Bohnet, Michael 1993: Entwicklungspolitische Strategien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Hauff, Michael v./Werner, Heinecke (Hrsg.): Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt, Ludwigsburg/Berlin, 145-168.

Braun, Gerald 1993: Nachhaltigkeit, was ist das? Definitionen, Konzepte, Kritik, in: Stockmann, Reinhard/Gaebe, Wolf (Hrsg.): Hilft die Entwicklungshilfe langfristig?. Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten, Opladen, 25-41.

Breitmeier, Helmut/Zürn, Michael 1990: Gewalt oder Kooperation. Zur Austragungsform internationaler Umweltkonflikte, in: antimilitarismus information 20: 12, 14-23.

Brock, Lothar 1992: Die Dritte Welt in ihrem fünften Jahrzehnt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50/92, 13-23.

Bryde, Brun-Otto 1989: Menschenrechte und Entwicklung, in: Faber, Heiko/Stein, Ekkehart (Hrsg.): Auf einem Dritten Weg. Festschrift für Helmut Ridder, Neuwied, 73-83.

Deutsche Welthungerhilfe/terre des hommes Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) 1994: Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Zweiter Bericht 1993/94. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik (Internationales EUROSTEP-Projekt von Nichtregierungsorganisationen in Deutschland), Bonn.

Diefenbacher, Hans 1994: Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Entwicklung - Leitlinien für eine Veränderung der Weltwirtschaftsordnung, in: Solms, Friedrich/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.): Friedensgutachten, Münster, 117-129.

Dimoser, Dietmar/Gronemeyer, Reimer/Rakelmann, Georgia A. (Hrsg.): Mythos Entwicklungshilfe. Entwicklungsruinen: Analysen und Dossiers zu einem Irrweg, Giessen.

Eppler, Erhard 1976: Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, München.

Eppler, Erhard 1991: Die eigentliche Aufgabe liegt noch vor uns. Richtige Entwicklungspolitik muß im eigenen Land beginnen, in: Die Zeit 47, 15.11.1991, 14-15.

Erdmann, Gero 1993: Nur ein Alibi? Die Menschenrechtskonditionalität des BMZ, in: blätter des iz3w 190, 20-21.

Falk, Rainer 1993: Perspektiven einer neuen Nord-Süd-Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 38: 6, 662-673.

Hancock, Graham 1989: Händler der Armut. Wohin verschwinden unsere Entwicklungs-Milliarden?, München.

Harborth, Hans-Jürgen 1992: Die Diskussion um dauerhafte Entwicklung (Sustainable Development): Basis für eine umweltorientierte Weltentwicklungspolitik?, in: Hein 1992a, 37-62.

Hauchler, Ingomar 1991: Vier notwendige Korrekturen in der Entwicklungspolitik, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 32: 12, 4-5.

Hauff, Volker (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven.

Hein, Wolfgang 1990: Umwelt und Entwicklungstheorie - Ökologische Grenzen der Entwicklung in der Dritten Welt?, in: Nord-Süd aktuell 4: 1, 37-52.

Hein, Wolfgang (Hrsg.) 1992a: Umweltorientierte Entwicklungspolitik, 2. Auflage, Hamburg.

Hein, Wolfgang 1992b: Wachstum - Grundbedürfnisbefriedigung - Umweltorientierung: Zur Kompatibilität einiger entwicklungspolitischer Ziele, in: Hein 1992a, 3-36.

Hofmeier, Rolf 1990: Hilfe zur Demokratisierung oder Bevormundung? Politische Konditionierung von Entwicklungshilfe für Afrika, in: Der Überblick 26: 4, 60-63.

Infratest 1994a: Bürger und Entwicklungspolitik. Kurzbericht. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, München.

Infratest 1994b: Bürger und Entwicklungspolitik. Abschlußbericht. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, München.

Kaiser, Martin/Wagner, Norbert 1991: Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben, 3. überarbeitete Auflage, Bonn.

Klemp, Ludgera 1988: Entwicklungshilfekritik. Analyse und Dokumentation (Themendienst der Zentralen Dokumentation Nr. 7 der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung), Bonn.

Köhler, Volkmar 1991: Die Neuorientierung der Entwicklungshilfe, in: Europa-Archiv 46: 5, 153-160.

Kößler, Reinhart/Melber, Henning 1993: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt a.M.

Kromka, Franz/Kreul, Walter 1991: Unternehmen Entwicklungshilfe. Samariterdienst oder die Verwaltung des Elends?, Zürich.

Lachmann, Werner 1994: Grenzen und Chancen der Entwicklungshilfe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/94, 11-17.

Linz, Manfred 1992: Wer entwickelt den Norden? Die Industrieländer und die Zweidrittel-Welt, in: Evangelische Kommentare 25: 6, 334-338.

Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Zahn, Erich/Milling, Peter 1972: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.

Menzel, Ulrich 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt a.M.

Menzel, Ulrich 1994: Der Kern des Entwicklungsdilemmas. Zur Revision der Internationalen Politik, in: Leggewie, Claus (Hrsg.): Wozu Politikwissenschaft?, Darmstadt, 89-105.

Messner, Frank 1993: Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im Dilemma internationaler Regimebildung, in: Peripherie 13: 51/52, 38-57.

Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.) 1993a: Handbuch der Dritten Welt, Band 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien, 3. Auflage, Bonn.

Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz 1993b: "Ende der Dritten Welt"?, in: Nohlen/Nuscheler 1993a, 14-30.

Nuscheler, Franz 1991: Lern und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 3. Auflage, Bonn.

Schipulle, Hans-Peter 1992: Einbeziehung der Umweltdimension in die Entwicklungspolitik der Bundesregierung, in: Hein 1992a, 151-163.

Seitz, Klaus 1993: Eine Welt für alle? Herausforderungen für Dritte-Welt-Bewegung und Entwicklungspädagogik, in: Birckenbach, Hanne-Margret/Jäger, Uli/Wellmann, Christian (Hrsg.): Jahrbuch Frieden 1994, München, 249-257.

Senghaas, Dieter 1993: Die ungleichen Partner der Triade USA - Japan - Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 38: 9, 1080-1085.

Simo, David 1993: Kritische Reflexionen über die "Eine Welt", in: Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (Hrsg.): Lernen in der Einen Welt, Tübingen, 31-39.

Stahl, Karin 1992: Die UN-Konferenz über "Umwelt und Entwicklung": Neue und alte Verteilungskonflikte zwischen Erster und Dritter Welt, in: Deutsches Überseeinstitut (Hrsg.): Jahrbuch Dritte Welt 1993, München.

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (Hrsg.) 1993: Lernen in der Einen Welt. Dokumentation des Bildungskongresses in Freiburg, 19.-21. November 1992, Tübingen.

Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) (Hrsg.) 1992: Nach dem Erdgipfel. Global verantwortliches Handeln für das 21. Jahrhundert, Bonn.

Stockhausen, Joachim v. 1994: Entwicklungshilfe im Spannungsfeld von politischen Interessen und sozialer Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/94, 3-10.

Stockmann, Reinhard 1993: Die Bewertung der Entwicklungszusammenarbeit, in: Stockmann, Reinhard/Gaebe, Wolf (Hrsg.): Hilft die Entwicklungshilfe langfristig?. Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten, Opladen, 9-24.

Tetzlaff, Rainer 1982: Die Dritte-Welt-Politik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Friedensrhetorik und Realpolitik. Eine Einführung mit politischen Empfehlungen, in: Steinweg, Reiner (Red.): Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt (Friedensanalysen 15), Frankfurt a.M., 49-108.

Tetzlaff, Rainer 1992a: Das heutige Entwicklungsdilemma - oder von der Notwendigkeit eines neuen Grundkonsenses über die Grenzen unserer Ansprüche, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz 23: 2, 3-5.

Tetzlaff, Rainer 1992b: Politische Konditionalität - politische Notwendigkeit und entwicklungspolitische Chance, in: Nord-Süd aktuell 6: 4, 488-495.

Tetzlaff, Rainer 1993: Die deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Betz, Joachim/Brüne, Stefan (Hrsg.): Jahrbuch Dritte Welt 1994. Daten, Übersichten, Analysen, München, 29-46.

Thiel, Reinhold E. 1994: Nach einem Regierungsumbau zwei Ministerien für Zukunftssicherung. Das Entwicklungsministerium könnte zu einem Ministerium für internationale Strukturreform werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.09.1994, 9.

Ullrich, Detlev/Kürzinger-Wiemann, Edith 1992: Umweltbewegung und Entwicklungspolitik, in: Hein 1992a, 165-182.

Unmüßig, Barbara 1992: Probleme und Chancen für eine neue Umwelt- und Nord-Süd-Politik nach UNCED, in: Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) (Hrsg.): Nach dem Erdgipfel. Global verantwortliches Handeln für das 21. Jahrhundert, Bonn, 115-127.

Weiter, Matthias 1993: "Armut bekämpfen und Umwelt schützen!" Eine Auseinandersetzung mit der entwicklungspolitischen Argumentationskultur, in: INKOTA-Brief 1/93, 20-24.

Weizsäcker, Ernst U. v. 1992: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, 3., aktualisierte Auflage, Darmstadt.

Weller, Christoph 1994: Theoretisch innovativ. Die lexikalische Bearbeitung des internationalen Umbruchs, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 185-202.

Wesel, Reinhard 1991: Entwicklungspolitische Rhetorik: Kognitive Strukturen im Phänomenbereich "Dritte Welt" und ihre 'symbolische Politisierung' zwischen euphorischer Projektion und Bedrohungsängsten, in: Opp de Hipt, Manfred/Latniak, Erich (Hrsg.): Sprache statt Politik?, Opladen, 66-90.

Wöhlicke, Manfred 1990: Umwelt- und Ressourcenschutz in der internationalen Entwicklungspolitik. Probleme und Zielkonflikte, Baden-Baden.

Wöhlicke, Manfred 1992: Umweltorientierte Entwicklungspolitik: Schwierigkeiten, Widersprüche, Illusionen, in: Hein 1992a, 109-126.